

Parteilpolitische Beteiligung von Migrantinnen und Migranten am Beispiel Hamburgs

Reinhard Aehnelt

Obwohl in Deutschland inzwischen knapp sechs Millionen Migrantinnen und Migranten das aktive und passive Wahlrecht und mehr als zwei Millionen Unionsbürger kommunales Wahlrecht besitzen (1), ist das Wahlverhalten von Migrant/innen noch weitgehend unerforscht. Die Untersuchungen zur Parteiorientierung zeigen zwar, dass bestimmte Präferenzen einzelner Gruppen von Migrantinnen und Migranten für bestimmte Parteien bestehen, hingegen ist wenig bekannt darüber, wie diese sich in der Ausübung des passiven Wahlrechts, der Teilnahme an Wahlen und in der Parteimitgliedschaft niederschlagen. Auch die großen deutschen Wahlforschungsinstitute unternehmen keine nennenswerten Anstrengungen, diese Frage näher zu beleuchten.

Die politische Beteiligung von Migrantinnen und Migranten ist im Rahmen einer Studie des Instituts für Stadtforschung Berlin für das BAMF am Beispiel Hamburgs auf mehreren Ebenen untersucht worden. In einer schriftlichen internetgestützten Befragung von Hamburger Parteigliederungen wurden Angaben zum Anteil der migrantischen Mitglieder und Funktionsträger erhoben sowie Einschätzungen zu der politischen Beteiligung von Migrant/innen in Deutschland erfragt. Zusätzlich ermöglichten die Neuwahlen der Bürgerschaft und der Bezirksparlamente im Februar 2011 die Erhebung der Anteile von Migrantinnen und Migranten an den Mandatsträger/innen auf beiden Ebenen und einen Vergleich zweier Legislaturperioden. Vor allem bot das neue Wahlverfahren in Hamburg erstmals die Möglichkeit, die Akzeptanz migrantischer Kandidat/innen bei den Wählern direkt zu messen.

1.1 Engagement von Migrantinnen und Migranten in politischen Parteien

Die schriftliche Befragung Hamburger Parteien ergab, dass der Anteil von Mitgliedern mit Migrationshintergrund in den letzten fünf Jahren auf rund acht Prozent zugenommen hat. Während die Bezugsländer der Parteimitglieder weitgehend die Struktur der Migrantinnen und Migranten in Hamburg insgesamt widerspiegeln, sind unter den Mandatsträger/innen die Migrant/innen mit Bezugsland Türkei überproportional vertreten.

In den Parteigliederungen ist man mit der Zahl von Migrantinnen und Migranten nicht zufrieden. Ihre speziellen Belange stärker aufzugreifen, um sie zum Parteieintritt zu bewegen, wird mehrheitlich jedoch nicht angestrebt. Man ist ganz offensichtlich bemüht, die heimatlandbezogenen Probleme nicht zu stark zum Thema der Parteiarbeit werden zu lassen, hat dies doch in einigen Parteigliederungen zu Fraktionierungen und innerparteilichen Auseinandersetzungen geführt (beispielsweise Türken, Kurden und Libanesen). Der Schaffung eigenständiger Gremien steht man aus demselben Grund skeptisch gegenüber.

1.2 Motive für parteipolitisches Engagement von Migrantinnen und Migranten

Aus den Gesprächen mit parteipolitisch engagierten Migrantinnen und Migranten, aus der Durchsicht biographischer Angaben der Parteien zu ihren Funktionsträgern sowie aus Veröffentlichungen in verschiedenen Medien lassen sich idealtypisch bestimmte Motivationsmuster für parteipolitisches Engagement von Migrant/innen skizzieren, die mit ihrer besonderen Lebenslage zusammenhängen.

a) *Herkunftslandbezogene Aktivitäten als Brücke*

Meist handelt es sich um Angehörige von nationalen oder ethnischen Minderheiten, die sich, häufig als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen, hier weiterhin für die Belange ihrer Landsleute einsetzen. Einige Engagierte haben dabei die Erfahrung gemacht, dass sich die eigenen Anliegen leichter durchsetzen lassen, wenn man sich einer deutschen Partei anschließt. Anderen wurde individuell die Unterstützung von parteipolitisch aktiven Bundesbürgern zuteil. Diese führt dann zum eigenen parteipolitischen Engagement..

b) *Aktivitäten bezogen auf die eigene Gruppe in Deutschland*

Neben den heimatbezogenen Problemen können auch bestimmte Aspekte der Lebenslage von Migrantinnen und Migranten aus jeweils einem Bezugsland in Deutschland der Anknüpfungspunkt von politischen Aktivitäten sein. Schon länger haben sich einige Migrantengruppen, insbesondere Türken, Griechen und Spanier, zum Beispiel für Verbesserungen bei der Bildung und Ausbildung ihrer Kinder engagiert. Diese Aktivitäten münden nicht selten in parteipolitisches Engagement.

c) *Migrantenbezogene Zielsetzungen*

Es ist längst nicht mehr der »Normalfall«, dass es allgemeine migrantenspezifische Problemlagen oder Anliegen sind, die direkt oder indirekt in parteipolitisches Engagement münden, aber es ist nach wie vor recht häufig der Fall. In der SPD Hamburg schätzt man, dass die Mehrheit der Mandatsträger sich fachlich in Ausschüssen, Arbeitskreisen oder anderen Gremien im Bereich der Migrationspolitik engagiert. Zunehmend bemühen sich

migrantische Funktionsträger jedoch, diesen Automatismus »Migrant = zuständig für Migrationsfragen« aufzubrechen.

d) Lokalpolitisches Engagement

Wenn sich Migrantinnen und Migranten als Bewohner/innen eines Viertels oder bei kommunalpolitischen Fragen in themenbezogene Auseinandersetzungen, die nichts mit ihrer spezifischen Lebenssituation als Migrant/innen zu tun haben, einmischen, kommt es sehr schnell zu Berührungen mit parteipolitisch Engagierten. Die Übereinstimmung der persönlichen Zielsetzung mit der Position einer Partei kann ein Anknüpfungspunkt für ein dauerhaftes parteipolitisches Engagement darstellen. Dasselbe gilt für ehrenamtliche Tätigkeit. Hier gleicht sich der Zugang, den Migrantinnen und Migranten zur Parteipolitik haben können, dem von Menschen ohne Migrationshintergrund stark an.

e) Professioneller Zugang

Zunehmend werden Migrantinnen und Migranten auch als Professionelle und als Spezialisten in bestimmten juristischen oder wirtschaftlichen Fachfragen in Parteien aktiv. So bildet beispielsweise die fachliche Spezialisierung eines Rechtsanwalts auf Aufenthaltsrecht oder berufliche oder familiäre Probleme von Migrantinnen und Migranten einen Anknüpfungspunkt, diese Expertise für die Partei zu nutzen. Zunehmend bildet aber auch Spezialistenwissen, das mit dem eigenen Bezugsland oder der eigenen ethnischen Herkunft nichts zu tun hat, den Zugang zu einer Partei.

1.3 Integration von Migrantinnen und Migranten in die Parteiorganisationen

Welcher Zugang auch immer den Weg in das parteipolitische Engagement bildet, fast immer ist dabei ein persönlicher Kontakt im Spiel. Es ist die persönliche Ansprache, die zu einem Engagement in der Partei führt, dabei scheint es mitunter fast zweitrangig, um welche Partei es sich handelt. Der persönliche Kontakt ist auch erforderlich, um die Distanz abzubauen und Vertrauen herzustellen. Häufig treten Migrantinnen und Migranten dann nicht als Individuen sondern im Kollektiv in die Parteigliederung ein. Das hat in mehreren Fällen zu Verschiebungen der Mehrheitsverhältnisse geführt, was teilweise für Irritationen und innerparteiliche Auseinandersetzungen sorgte. Trotzdem war die Integration schlussendlich ganz überwiegend erfolgreich.

Die persönliche Protektion durch hochrangige Funktionsträger, aber auch das explizite Bemühen einiger Parteien um migrantische Mandatsträger haben den Migrantinnen und Migranten neue Zugangswege jenseits der traditionellen Karrieremuster der »großen« deutschen Parteien, eröffnet, die langjährige Mitgliedschaft, kontinuierliche Mitarbeit und Parteidisziplin als Bewährungsproben für einen Aufstieg voraussetzen. So ist die Par-

teizugehörigkeit der Mandatsträger in der Regel nicht so lang und es lässt sich auf Seiten der Migrantinnen und Migranten nicht selten eine vergleichsweise stärkere Erwartungshaltung hinsichtlich eines raschen Aufstiegs in Funktionen feststellen.

1.4 Die Wahlen am 20. Februar 2011 in Hamburg

Bei den Hamburger Wahlen im Februar 2011 konnten die Wähler erstmals fünf Stimmen auf einzelne Kandidaten oder eine Parteiliste verteilen. Durch die Möglichkeit, die Stimmen bei einer Partei oder einem Kandidaten zu »kumulieren« oder zwischen Parteien und Kandidaten zu »panaschieren«, ergab sich damit die Möglichkeit, einzelne Kandidaten »hochzuwählen« oder »herabzustufen«. Bei der Bürgerschaftswahl 2011 haben insgesamt 56 Personen mit Migrationshintergrund (6,6% aller Kandidaten) kandidiert. Politisch aktive Migrantinnen und Migranten mit Bezugsland Türkei kandidierten häufiger bei der Linken, der GAL und der SPD. In der CDU waren es eher Menschen aus den arabischen Ländern mit christlicher Religionszugehörigkeit sowie Spätaussiedler. Letztere sind jedoch ebenso wie die Zugewanderten aus Polen in nur sehr geringem Umfang parteipolitisch engagiert.

Es wurden neun Personen mit Migrationshintergrund in die Bürgerschaft gewählt, eine für die CDU, vier für die SPD, jeweils zwei für die GAL und für die Linke. Drei konnten durch das neue Wahlverfahren einen besseren Rangplatz nach Personenstimmen erzielen als es ihren Listenplatz entsprochen hätte. Besonders spektakulär fiel das Abschneiden von Ali Simsek (SPD) aus, der vom 59. Listenplatz auf den 14. Rangplatz nach Personenstimmen aufgestiegen ist. Fast ebenso stark konnte sich Nikolaus Haufler, Spätaussiedler aus Russland, bei der CDU vom aussichtslosen 50. Listenplatz auf den Rangplatz 7 nach Personenstimmen verbessern. Bei Kazim Abaci (SPD) betrug die Differenz sechs Rangstufen.

Insgesamt hat sich das neue Wahlrecht, das den Wählern eine gezielte Auswahl einzelner Personen ermöglicht hat, für die Kandidaten mit Migrationshintergrund positiv ausgewirkt. Saldiert ergibt sich als Differenz zwischen den Listenplätzen und den tatsächlich errungenen Rangplätzen nach Personenstimmen bei der Bürgerschaftswahl ein Plus von 106 Plätzen, auf Bezirksebene beträgt das Plus 91 Plätze. Die Zahl der Abgeordneten mit Migrationshintergrund hat sich im Vergleich zur davor liegenden Legislaturperiode von fünf auf neun und damit von 3,9 auf 7,4 Prozent (beziehungsweise um 80 Prozent) erhöht.

Bei der Wahl zu den Bezirksversammlungen, wurden insgesamt 20 Personen mit Migrationshintergrund gewählt. Sieben davon sind Frauen. Der Anteil von Migrantinnen und Migranten hat sich damit gegenüber der vergangenen Legislaturperiode um zwei Prozentpunkte auf 5,6 Prozent gesteigert. Dass sich Migrantinnen und

Migranten an der parlamentarischen Arbeit auf Bezirksebene in geringerem Umfang engagieren als auf Bürgerschaftsebene, hat sich im Vergleich mit der letzten Wahlperiode sogar noch leicht verstärkt.

1.5 Ethnisch geprägte Wahlkämpfe als neuer Aspekt der Kommunalpolitik?

Die Wahlen zu Hamburger Bürgerschaft waren vielleicht ein erstes Anzeichen dafür, dass sich in der politischen Landschaft Deutschlands erste Aspekte ethnisch geprägter Wahlkämpfe zeigen, wie sie aus anderen Ländern, vor allem den USA, seit Langem bekannt sind. Da durch das neue Wahlrecht der Hansestadt die personenbezogene Wahl ein deutlich höheres Gewicht bekommen hat, war es erstmals möglich, dass Angehörige ethnischer Gruppen ihre Wählerschaft gezielt mobilisieren. Davon haben einige parteipolitisch aktive Migrantinnen und Migranten gezielt Gebrauch gemacht und damit erreicht, dass ein kleiner Zuwachs bei den migrantischen Mandatsträgern zu verzeichnen ist. Wären die Wähler dem Willen der Parteien gefolgt, hätte die Zahl der migrantischen Mandatsträger im Vergleich zur letzten Legislaturperiode in Hamburg deutlich abgenommen. Zwei Beispiele:

In der CDU fiel vor allem der 27-jährige Kandidat, ein im südlichen Ural geborener Nachkomme von Krimdeutschen, auf. Er lebt seit 1995 in Hamburg, hat dort 2003 das Gymnasium abgeschlossen und war bereits 2001 in die Junge Union und die CDU Hamburg eingetreten. In den Folgejahren beteiligte sich unter anderem an Aktionen gegen das Volksbegehren »Eine Schule für alle«. Es gelang ihm bei der Wahl 2011, vom unbedeutenden Listenplatz 50 auf Platz 7 aufzurücken. Erfolge hatte er weniger im eigenen Wahlkreis als vielmehr in Stimmbezirken wie Bergedorf, die stark von Russlanddeutschen geprägt sind. Dort hatte er Wahlplakate in kyrillischer Schrift aufgestellt. Er hat seit vielen Jahren Kontakt zur russlanddeutschen Community, war mehrmals als Referent beim Verein der Deutschen aus Russland eingeladen und ist dort nach Aussage des Vorsitzenden populär.

Der SPD-Kandidat, 1973 in der Türkei geboren und dort bis 1988 aufgewachsen, ist als technischer Betriebswirt tätig. Er ist erst wenige Monate vor der Wahl Mitglied der SPD geworden. Man hatte ihn zum Inländerstammtisch in Bergedorf eingeladen, weil er als aktiver Vorsitzender des AKD aufgefallen war. Er habe eigentlich keinen Wahlkampf gemacht, keine Flyer verteilt, keine Plakate geklebt, keine eigenen Veranstaltungen gemacht, sagt man in der Partei. Aber er sei über seine Herkunftsgruppe (Aleviten aus einem Dorf in Mittelanatolien) und als in der Türkei gebürtiger Deutscher mit der türkischen Gemeinde in Hamburg gut vernetzt. So sei er oft eingeladen worden, die türkische Presse, sowohl die im Ausland als auch die in Hamburg, habe häufig über ihn berichtet, er sei auch in einer türkischen Talkshow (»Kultmoderator Bedo«), die in Hamburg spät abends ausgestrahlt wird, aufgetreten. Durch seine Präsenz in den türkisch orientierten Medien war er also in der türkischen

Community bekannt. Ihm gelang es, obwohl parteipolitisch weitgehend ohne Profil und von der SPD in erster Linie als Kandidat für die Bezirksversammlung nominiert, sich vom eigentlich aussichtslosen Listenplatz 59 in den Kreis der gewählten Bürgerschaftsabgeordneten der SPD hochwählen zu lassen.

In den letzten zwei Jahrzehnten hat die parteipolitische Beteiligung von Migrantinnen und Migranten zweifellos zugenommen. Was die Mitgliedschaft in Parteien anbetrifft, liegt sie in Hamburg inzwischen etwa auf dem Niveau anderer Beteiligungsformen wie Schöffen oder Elternvertreter. Die Motive für das parteipolitische Engagement haben sich ausdifferenziert, auffällig ist, dass Karrieren aus dem Arbeitermilieu die Ausnahme sind. In der Politik dominieren die gut ausgebildeten Migrantinnen und Migranten, wobei der Anteil der türkischstämmigen Mandatsträger/innen beachtlich ist. Die Bindung an die deutschen Parteien scheint bislang weniger gefestigt zu sein, darauf weisen zahlreiche Parteiwechsel im Vorfeld der letzten Wahl hin. Hauptmotiv des parteipolitischen Engagements war es, rasch politisch Einfluss zu gewinnen.

Anmerkung

- (1) Das parteipolitische Engagement von Migranten unterliegt spezifischen Rahmenbedingungen: Während die Mitgliedschaft in einer politischen Vereinigung jedem offen steht, ist das Wahlrecht bei Wahlen zum Bundestag auf Migranten mit deutscher Staatsangehörigkeit und bei Kommunal- und Europawahlen auf EU-Bürger beschränkt. Die Gesamtzahl der Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund umfasst 2,6 Millionen Spätaussiedler, 2,1 Millionen eingebürgerte ausländische Zuwanderer, knapp 290.000 Eingebürgerte, die in Deutschland geboren sind, und 566.000 Deutsche, bei denen mindestens ein Elternteil Spätaussiedler, Eingebürgerter oder Ausländer ist. (Der Bundeswahlleiter 2009).

Hinweis

Zur Studie [»Partizipation vor Ort«](#) im Wortlaut (PDF)

Autor

Dr. Reinhard Aehnelt, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Gesellschafter am IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik forscht schwerpunktmäßig zur sozialen Stadtentwicklung, zu Partizipation und Integration. Weitere Themen: Bürgerbeteiligung im Stadtumbau, Evaluation Soziale Stadt auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, Sozialberichterstattung, Wohnen und Versorgung älterer Menschen.

Kontakt:

Dr. Reinhard Aehnelt

IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH

Lützwowstraße 93

D - 10785 Berlin

Tel: (0 30) 25 00 07-0

E-Mail: aehnelt@ifsberlin.de

Internet: www.ifsberlin.de

Redaktion eNewsletter

Stiftung MITARBEIT

Wegweiser Bürgergesellschaft

Redaktion eNewsletter

Bornheimer Str. 37

53111 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de